
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 21:39 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Siehe bitte Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit mit 45 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Mit einer Schweigeminute wird an die am 09.10.2019 verstorbenen Opfer in Halle (Saale) gedacht.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen. (45:00:00)

3 Genehmigung der Niederschrift vom 04.09.2019

Nach dem Hinweis von **Herrn Eichelberg, Fraktion SPD**, wird das Wort „dar“ auf der Seite 17 unter dem Tagesordnungspunkt 8.4. aufgrund einer Doppelung gestrichen.

Die Niederschrift vom 04.09.2019 wird mit einer Enthaltung in geänderter Form genehmigt (44:00:01).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Oberbürgermeisters ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Paul, Fraktion AfD, Frau Perl, Fraktion SPD und Frau Ehlert, Fraktion Die Linke zur Sitzung. (48)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt folgende in der Sitzung des Stadtrates am 04.09.2019 gefassten Beschlüsse bekannt:

- Handlungsstrategie zur Vergabe der Verkehrsleistungen auf der Eisenbahnstrecke Dessau – Wörlitz
- Verkauf einer Gewerbeimmobilie im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz Dessau, Teilgebiet C - Erteilung einer Belastungsvollmacht.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca.16:20 Uhr

Bürgerin 1, Frau Gunia, möchte wissen, wann die Änderungsanträge zum Kulturentwicklungsplan hinsichtlich des Finanz- und Personalkonzeptes im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport sowie im Stadtrat behandelt werden und fragt, wie die Mitarbeiter des Naturkundemuseums und der Förderverein miteinbezogen werden. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen überreicht Frau Gunia eine Petition an den Stadtratsvorsitzenden Herrn Rumpf. Diese Petition haben mehr als 4.300 Menschen unterzeichnet, davon 2.500 Bürger der Stadt Dessau-Roßlau. Die Bürgerin lädt den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport sowie interessierte Stadträtinnen und Stadträte zu einem gemeinsamen Gespräch in das Naturkundemuseum ein.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, dankt der Bürgerin für ihre Bemühungen und sichert zu, dass der Kulturentwicklungsplan mit einer hohen Priorität und zeitnah (möglicherweise bereits in der nächsten Sitzung) im Ausschuss behandelt wird. Die Beteiligungen der Mitarbeiter des Naturkundemuseums und des Fördervereins sind geplant.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, lädt den Förderverein zur nächsten Kulturausschusssitzung ein, da dort der richtige Ort zur Behandlung des Themas ist.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass die schriftlich eingereichten Anfragen der Einwohner nicht verlesen werden. Diese Anfragen werden schriftlich beantwortet und sind über die Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzusehen.

Schriftliche Anfragen liegen von einem Bürger zu einem zentralen Veranstaltungsort vor, sowie von Herrn Dähne zum Thema Schloßplatz und von Frau Rac zur Waldausschlachtung in Dessau.

Bürgerin 5, Frau Pabel, erwähnt, dass in letzter Zeit zahlreiche Baumfällarbeiten, aufgrund von Witterungsbedingungen und Schädlingen, durchgeführt wurden. Sie erkundigt sich, welche Klimaschutzmaßnahmen seitens der Stadt veranlasst werden,

um weitere Baumfällmaßnahmen zu vermeiden. Zudem lädt Frau Pabel interessierte Stadträte zu einem Vor-Ort-Termin am 06.11.2019, um 16:00 Uhr, in die Bergstraße 27 ein.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtet über das bereits existierende energiepolitische Arbeitsprogramm, worin verschiedene Maßnahmen enthalten sind. Des Weiteren ist ein Klimaanpassungskonzept geplant, welches für die Stadt Dessau-Roßlau erstellt und beschlossen werden soll. Sie erwähnt eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die insgesamt zum Klimaschutz bzw. zur Klimaanpassung beitragen sollen.

Bürgerin 6, Frau Ewald, möchte wissen, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreift, um die Belebung der Innenstadt zu sichern. Des Weiteren erkundigt sie sich, ob eine Mitarbeit der Bürger bei der Erstellung des Klimakonzeptes möglich ist. Weiterhin möchte sie den aktuellen Stand hinsichtlich der geplanten Bebauung zur Erweiterung der Waldsiedlung in Dessau Kochstedt erfahren.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet über Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt, wie zum Beispiel die Eröffnung des Bauhaus Museums, die Gestaltung des Schloßplatzes und die Sanierung der Kavalleriestraße.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwähnt, dass eine Auswertung der Einwände der Bürgerbeteiligung und der Untersuchungen vorgenommen wird. Momentan erfolgt intern die Vorbereitung eines Kompromissvorschlages für den Investor. Des Weiteren ist ein Gespräch mit dem Investor, der Politik und der Bürgerbeteiligung, welches noch dieses Jahr stattfinden soll, geplant.

Bürgerin 7, Frau Lechler, kritisiert die derzeitige Briefkastensituation auf dem Bahnhofsvorplatz. Der vorhandene Briefkasten der Deutschen Post wird von den parkenden Autos der Bundespolizei verdeckt. Sie möchte einen gutschichtbaren Briefkasten auf dem Bahnhofsvorplatz.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert, dass die Stadtverwaltung nicht über den Standort eines Briefkastens entscheiden kann, sondern die Deutsche Post dafür verantwortlich ist. Er sichert eine Inaugenscheinnahme zu und bedankt sich für den Hinweis.

Des Weiteren erwähnt **Frau Lechler** ein Gespräch mit der Fa. Diringer & Scheidel bezüglich der Rabestraße. Da der Eigentümer zurzeit andere Pläne verfolgt, kann diese Freifläche zwischengenutzt werden, ohne das Pflichten für den Eigentümer entstehen. Sie fragt, ob die Möglichkeit besteht, die mobile Eisfläche auf diese Fläche zu verlagern.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass der Betreiber des Weihnachtsmarktes sich für den Standort auf dem Marktplatz entschieden hat. Der Standort in der Zerbster Straße ist zentraler und für jedermann besser erreichbar.

Die nächste Anfrage der **Bürgerin 7** betrifft das schlechte Image der Stadt Dessau-Roßlau. Sie informiert über die Wahlverfälschung in der Stadt Berlin und spricht die fehlenden Wahlbenachrichtigungen zum Bürgerentscheid Schloßplatz an. Diese Anfrage wurde im Haupt- und Personalausschuss bereits beantwortet, aber die erhaltene Antwort ist für sie nicht zufriedenstellend. Sie möchte wissen, wie viele Bürger davon betroffen waren und was zur Aufklärung unternommen wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras versichert, dass die Stadtverwaltung das Wählerverzeichnis korrekt abgearbeitet hat und dass Gespräche mit der Deutschen Post geführt wurden. Er informiert, dass eine Prüfung seitens der Deutschen Post erfolgte und keine Unregelmäßigkeiten festgestellt werden konnten. Um den angesprochenen Verdacht eindeutig nachgehen zu können, werden konkrete Namen und Anschriften der Betroffenen benötigt.

Da die Anfrage des **Bürgers 8, Herr Wassermann**, sich auf den Schloßplatz bezog, welcher Bestandteil der Tagesordnung ist, entzieht der **Stadtratsvorsitzende Herr Rumpf** dem Bürger das Wort.

Bürger 9 bezieht sich auf die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse der Stadt Dessau-Roßlau. Er möchte wissen, wieso keine eindeutige Regelung bezüglich der Zeitbegrenzung der Einwohnerfragstunde getroffen wurde. Des Weiteren fragt er, wann eine neue Geschäftsordnung in Kraft tritt.

Der Stadtratsvorsitzende Herr Rumpf verweist auf die derzeitige Überarbeitung der Geschäftsordnung, die in der Dezembersitzung des Stadtrates beschlossen werden soll.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Ausführungen zum Haushalt durch Frau Bürgermeisterin Nußbeck

Die von **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** getätigten Ausführungen zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2020 sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, übergibt die Sitzungsleitung an die 1. Stellv. Vorsitzende Frau Dammann. Er lobt die erfolgreiche Eröffnung des Bauhaus Museums, beanstandet jedoch die fehlerhafte Kommunikation im Vorfeld. Zwei Wochen vor der Eröffnung hat das Büro des Stadtrates bei der Stiftung Bauhaus nach einer Einladung für den neu gewählten Stadtratsvorsitzenden gefragt. Seitens der Stiftung kam die Mitteilung, dass für den neu gewählten Vorsitzenden keine Einladung existiert, weshalb er nicht an der Eröffnungsveranstaltung teilgenommen hat. Im Nachhinein wurde ihm zugetragen, dass bei der Eröffnung ein Platz für ihn reserviert war. Deswegen wird er nun indirekt kritisiert und möchte diesen Fauxpas richtig-

stellen. Er wird diesbezüglich keine weiteren Aussagen treffen, aber gibt der Öffentlichkeit bekannt, dass er seine Pflichten als Stadtratsvorsitzender kennt.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Weber, Ortsbürgermeister Mosigkau, informiert, dass das Tiefbauamt am 22.10.2019 aufgrund der bevorstehenden Baumaßnahmen im Jahr 2020 zu einer öffentlichen Bürgerversammlung vom Ortschaftsrat eingeladen wurde mit dem Ziel, den Bürgern Sachstandinformationen zum Ausbau der Mühlenstraße, zu den Hochwasserbaumaßnahmen und dem Entwässerungskonzept zu geben. Seit dem 26.06.2017 liegt der Stadtverwaltung ein positives Bürgervotum zum Ausbau der Mühlenstraße vor. Der alte Stadtrat hat für diese Vorhaben Haushaltsmittel für das Jahr 2019 zur Verfügung gestellt, aber aus personellen Gründen im Tiefbauamt konnte noch keine Vorplanung vorgelegt werden. Er weist daraufhin, dass sich der bauliche Zustand des vorderen Bereiches der Mühlenstraße in einem desolaten Zustand befindet und dass er die Mitglieder des Ortschaftsrates gebeten hat, diesbezüglich eine Notreparatur zu veranlassen. Herr Weber bittet die Stadträte, die Ortschaften dahingehend mehr zu unterstützen.

Auf die Frage von **Herrn Adamek, Fraktion CDU**, zum Sachstand des Kulturentwicklungsplanes eingehend, bestätigt **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, die Ablehnung des Kulturentwicklungsplanes im Fachausschuss und erörtert die Gründe dafür. Er verweist darauf, dass eine Zielsetzung im Stadtentwicklungskonzept die Gründung eines Anhaltmuseums ist, welches die unterschiedlichen Disziplinen der Museen zusammenführt. Dieses Thema wird demnächst im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport behandelt.

Des Weiteren informiert **Herr Adamek**, dass der Wirtschafts- und Industrieclub Anhalt e.V. (WIC) seit 5 Monaten keine aktuellen Informationen in Bezug auf die Stelen erhalten hat.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, bestätigt, dass an der Thematik gearbeitet wurde. Der Stadtverwaltung sei es aber nicht möglich, den Denkmalrahmenplan für das Welterbe zu verändern oder Entscheidungen herbeizuführen, wo die Zuständigkeit bei einer Landesbehörde liegt.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzt, dass es eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Standorte mit dem WIC gegeben hat und kein Stillstand herrscht. Im Rahmen der Beschlussfassung des Haushaltes wurde im vergangenen Jahr die Durchführungen einer Zukunftskonferenz mit der Maßgabe, dass das Kulturforum die notwendigen Zuarbeiten leistet beschlossen, merkt **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, an. Diese Zuarbeiten wurden im Mai 2019 der Stadtverwaltung übergeben und es sollten Maßnahmen, wie die Errichtung einer Geschäftsstelle, Vorbereitungen von Ausschreibungen und die personelle Besetzung der Steuerungsgruppe getroffen werden. Nach einer Rücksprache mit Herrn Dr. Reck im September 2019 wurde bekannt, dass noch keine Ausschreibung vorbereitet wurde und

die Stabs- und Geschäftsstelle nicht eingerichtet worden ist. Herr Adamek zieht das Fazit, dass die für das Jahr 2019 geplante Zukunftskonferenz nicht mehr stattfinden wird und wünscht aktuelle Informationen.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, entgegnet, dass ein Zuwendungsbescheid der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt vorliegt und somit die Stellenbesetzung erfolgen kann. Die Durchführung der Zukunftskonferenz war für das Jahr 2020 geplant.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt die geplante Stellenausschreibung und berichtet über die Resonanz der diesbezüglich eingehenden Bewerbungen. Er beschreibt den Fortgang des Vorhabens und die Tätigkeiten des Dezernates für Wirtschaft und Kultur.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ergänzt die Ausführungen des Oberbürgermeisters bezüglich der Veranstaltungen zum 09.11.2019. In Bezug auf die Zukunftskonferenz bestätigt er, dass ein Gespräch zur Endabstimmung stattgefunden hat und die Konferenz für das Jahr 2020 angesetzt ist. Des Weiteren geht Herr Schönemann auf die Thematik der Stellen ein. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport wird das Thema Stellen angesprochen und gemeinsam mit dem WIC soll an einer lösungsorientierten Umsetzung gearbeitet werden.

Herr Stein, Fraktion AfD, berichtet über seinen Erfahrungsstand mit der Ferdinand-von-Schill-Straße. Er weist daraufhin, dass die höchste Frequentierung der Straße durch Radfahrer in der Zeit von 06:00 – 08:00 Uhr und dann wieder von 13:00 – 14:00 Uhr stattfindet. Er kritisiert die Arroganz der CDU-Politiker gegenüber den betroffenen Bürgern bei der Regionalkonferenz der CDU am 14.10.2019.

Auf die Frage von **Herrn Fessel, Fraktion Die Linke**, bezüglich des Bearbeitungsstandes der BV/062/2015/VI-61 eingehend, erläutert **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass der Entwurf des Flächennutzungsplans fertiggestellt ist und in Kürze der Politik vorgestellt wird. Der genaue Endtermin kann noch nicht definiert werden, da gewisse Aspekte noch ungewiss sind. Der Entwurf ist in der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Frau Jahn, Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, ergänzt, dass zunächst ein Vorentwurf gefertigt und zu den Trägern öffentlicher Belange gegeben und diskutiert wurde. Die nächsten Schritte sind die Beteiligung des Stadtrates und dann der Öffentlichkeit.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erfragt den Sachstand der Sanierung der Brücke im Beckerbruch.

Frau Jahn, Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, teilt mit, dass die Brücke sich nicht mehr laut Messergebnisse im Senkungsprozess befindet. Das Planungsbüro, welches für die Sanierung im Jahr 2014 verantwortlich war, wurde zu einer Stellungnahme aufgefordert. Diese Stellungnahme liegt seit Ende letzten Jahres vor und nach Rücksprache mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie wurde die Möglichkeit eröffnet, einen Fördermittelantrag zu stellen. Der Fördermittelantrag wurde seitens der Verwaltung gestellt und mithilfe des Landesamtes werden Maßnahmen zur Erhaltung der Brücke getätigt, wie zum Beispiel die Anbringung von Salzauflagen, um die Festigkeit der Steine zu gewährleisten.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, empfiehlt nicht auf die Fördermittel zu warten, sondern die Zeit für die technische Lösung zu nutzen. Des Weiteren kritisiert er die nicht zielorientierte Lösungsfindung bei der Thematik der Stelen. Herr Otto merkt an, dass ihm im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 26.09.2019 zugesichert wurde, dass er die Förderkriterien, die mit dem Fördermittelantrag verbunden sind, erhält. Dieser Aufforderungen ist man nicht nachgekommen. Die Kriterien bilden eine wichtige Grundlage zur Diskussion über die Straßenausbaubeitragssatzung. Er wünscht sich die Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Satzung beschäftigt.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sichert die Beantwortung zum nächsten Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bittet den Oberbürgermeister das Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt zu suchen oder verwaltungsintern Lösungen zu finden, um die Verkehrssituation und die Sicherheit der Bürger in der Ziebigker Straße zu verbessern.

Er wird das Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt führen, jedoch bezweifelt er eine schnelle Lösungsfindung, erwidert **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Er persönlich sieht keinen sofortigen Handlungsbedarf. **Herr Adamek** schildert die aktuelle Verkehrslage. **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, bittet darum, die Diskussion im Fachausschuss fortzusetzen. **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bittet um einen gemeinsamen Vor-Ort-Termin.

Herr Kellner, Fraktion CDU, bemerkt, dass ein Veranstaltungskalender als App, die Suche für den Bürger erleichtern würde. Des Weiteren sollte die Stadtverwaltung den Freiwilligen Feuerwehren ihren Dank aussprechen. Abschließend verweist er auf die Belastungsgrenze des Referates Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten, das entlastet werden sollte.

Frau Müller, Fraktion CDU, stellt die Frage, wann das Bürgerbüro in Roßlau wieder eröffnet wird. Sie merkt an, dass das Bürgerbüro dieses Jahr nur an 17 Tage geöffnet war. Frau Müller schließt sich der Meinung von Herrn Kellner bezüglich der Be-

lastungsgrenze des Referates Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten an und bittet um ein persönliches Gespräch mit Frau Nußbeck.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, wird diesen Auftrag prüfen und stimmt einem persönlichen Gespräch zu.

7 Beschlussfassungen

7.1 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter für die 7. Wahlperiode

Vorlage: FV/011/2019/V-StR

Bezüglich der anstehenden Wahl verweist **Herr Rumpf, Stadtratsvorsitzender**, darauf, dass die VCP Mitteldeutschland ihren Antrag auf Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss zurückgezogen hat. Er gibt die Mitglieder der Zählkommission Frau Ehler (Fraktion Die Linke), Frau Koschig (Fraktion Die GRÜNEN, FDP, Neues Forum – Bürgerliste), Herr Tschammer (Fraktion SPD) und Herr Kellner (Fraktion CDU) bekannt.

Nach der Ausgabe der Stimmzettel wird eine Pause von 25 Minuten durchgeführt.

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission im Ratssaal wird von **Herrn Rumpf** folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

Ölmühle e.V. Roßlau	20 Stimmen
K.I.E.Z. e.V.	16 Stimmen
St. Johannis GmbH	16 Stimmen
Euro Akademie Dessau	15 Stimmen
Internationaler Bund / IB Mitte GmbH	06 Stimmen
	07 ungültige Stimmen.

Aufgrund der Stimmgleichheit ist eine Stichwahl zwischen dem K.I.E.Z. e.V. und der St. Johannis GmbH notwendig. Das Ergebnis der Stichwahl gibt der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, im Tagesordnungspunkt 7.4. bekannt:

St. Johannis GmbH	23 Stimmen
K.I.E.Z. e.V.	18 Stimmen
	07 ungültige Stimmen.

Die Ölmühle e.V. Roßlau und die St. Johannis GmbH sind die gewählten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses aus der Gruppe der freien Träger.

Die Ausgabe der Stimmzettel des 2. Wahlganges wird während des Tagesordnungspunktes 7.4. durchgeführt. Das Ergebnis des 2. Wahlganges wird während des Tagesordnungspunktes 7.9. durch **Herrn Rumpf** bekanntgegeben. Gewählt werden von den aufgeführten Trägern der freien Jugendhilfe:

Evangelische Kirchengemeinde Rodleben	29 Stimmen
DER PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt	23 Stimmen
Arbeits- und Sozialförderungsgesellschaft Dessau e.V. (ASG Dessau e.V.)	17 Stimmen
Behindertenverband Dessau e.V.	16 Stimmen.

Eine Übersicht der gewählten stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertreter ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die Wahlvorschläge der Fraktionen für die 9 stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 71 (1) Nr. 1 SGB VIII (Anlage 2).

2. Wahlvorschläge der Träger freien Jugendhilfe (Anlage 3)
 - 2.1 Der Stadtrat wählt gemäß § 4 (3) S. 2 KJHG-LSA i. V. m. § 5 (2) S. 2 der Satzung des Jugendamtes aus der Gruppe der Träger der freien Jugendhilfe, die im Bereich der Jugendarbeit tätig sind (Anlage 3, grün unterlegt), 2 stimmberechtigte Mitglieder sowie deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter.
 - 2.2 Der Stadtrat wählt gemäß § 71 (1) Nr. 2 SGB VIII i. V. m. § 4 (3) S. 1 KJHG-LSA und § 5 (2) S. 1 der Satzung des Jugendamtes aus den in der Anlage 3 eingereichten Vorschläge weitere 4 stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter, die auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe eingereicht wurden.

Abstimmungsergebnis:

Zu Anlage 2 : 48:00:00

Zu Anlage 3 – gewählt wurden

1. Wahlgang:	Ölmühle e.V. Roßlau	20 Stimmen
Stichwahl:	St. Johannis GmbH	23 Stimmen
2. Wahlgang:	Evangelische Kirchengemeinde Rodleben	29 Stimmen
	DER PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt	23 Stimmen
	ASG Dessau e.V.	17 Stimmen
	Behindertenverband Dessau e.V.	16 Stimmen.

7.2 Vorschlagsliste zur Wahl ehrenamtlicher Richter für das Verwaltungsgericht Halle **Vorlage: BV/344/2019/II-30**

Bezüglich der anstehenden Wahl verweist **Herr Rumpf, Stadtratsvorsitzender**, darauf, dass die Stimmabgabe am Platz vorgenommen werden kann.

Während des Tagesordnungspunktes 7.9. werden die Stimmzettel ausgegeben. Nach der Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission im Ratssaal wird von **Herrn Rumpf** nach dem Tagesordnungspunkt 7.10. folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

Schärff, Bärbel Margarete	35 Stimmen
Bauer, Michael	33 Stimmen
Nulsch, Marcus	32 Stimmen
Richter, Karl-Heinz	32 Stimmen
Schmidt, Guido	31 Stimmen
Wiskow, Iris	30 Stimmen
Klimowitz, Elke	30 Stimmen
Rupietta, Siegfried	29 Stimmen
Happrich, Peter Thilo	28 Stimmen
Rothe, Peter	26 Stimmen.

Frau Irmtraud Ebersbach (25 Stimmen) und Herr Stephan Spitschka (22 Stimmen) haben die erforderliche Anzahl der Stimmen nicht erreicht.

Diese zehn ausgewählten Kandidaten sind nun Bestandteil der Beschlussvorlage, welche zur Abstimmung gebracht wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste mit den 10 Bewerbern, die Rahmen einer Vorauswahl die meisten Stimmen und zugleich zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erreicht haben.

Abstimmungsergebnis: 45:00:01

7.3 Neuwahl des Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau im Verein "Naturpark Fläming e.V."
Vorlage: BV/313/2019/I-08

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau wird für den Zeitraum der aktuellen Legislaturperiode von Herrn Frank Rumpf neben dem Oberbürgermeister im Vorstand des Vereins „Naturpark Fläming e.V.“ vertreten.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

7.4 Neuberufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates
Vorlage: BV/334/2019/III-61

Der von Herrn Professor Lückmann gehaltene Bericht über die Arbeit des Gestaltungsbeirates ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Beschluss:

1. Die in der Anlage 2, Seite 1, benannten Personen werden als sachkundige Mitglieder des Beirates und deren Vertreter berufen:

Mitglied

Heike Brückner
Prof. Dr. Ing. Rudolf Lückmann
Anne-Barbara Sommer
Uwe Merz
Boris Krmela
Christine Bergmann

Vertreter

Dr. Werner Möller
Prof. Brigitte Hartwig
Hans-Georg Brosig
Prof. Erich Buhmann
Prof. Dr. Ing. Harald Keger
Bernd Schellbach

2. Die in der Anlage 2, Seite 2, von den Fraktionen des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau benannten Personen werden als politische Mitglieder des Beirates und deren Vertreter berufen.

Mitglied

Michael Schuck
Norbert Mahnert
Ralf Schönemann
André Schlecht-Pesé
Joachim Volger
Dr. Gerd Möbius

Vertreter

Frank Rumpf
Ralf Schulenburg
Hans-Joachim Pätzold
Dirk Hofmeister
Robert Hartmann
Hans-Georg Otto

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

7.5 Bestellung eines Vertreters der Beschäftigten und dessen Stellvertreter in den Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters Dessau
Vorlage: BV/347/2019/I-07

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, erklärt die Notwendigkeit der Korrektur des zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates gefassten Beschlusses damit, dass versehentlich falsche Namen genannt und beschlossen wurden. Mit diesem Beschluss wird der bereits gefasste Beschluss aufgehoben.

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt aufgrund der Vorschlagsliste des Personalrates des Anhaltischen Theaters Dessau

- Herrn Karsten Kühne als Vertreter der Beschäftigten für den Betriebsausschuss
und
- Frau Aline Vannuys als Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

7.6 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2018
Vorlage: BV/187/2019/IV-ATD

Beschluss:

Der durch die unabhängige DONAT WP Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chemnitzer Straße 48a, 01187 Dresden geprüfte und bestätigte, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31.12.2018 wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

7.7 Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau - Ergebnisverwendung
Vorlage: BV/188/2019/IV-ATD

Beschluss:

Der Jahresverlust von EUR 365.752,65 wird in Höhe von EUR 129.841,62 (Abschreibungswert Altes Theater) durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rückla-

ge Altes Theater ausgeglichen. Der übersteigende Betrag in Höhe von – EUR 235.911,03 wird durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

7.8 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2018
Vorlage: BV/186/2019/IV-ATD

Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2018 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 44:00:04

7.9 Entscheidung des Stadtrates nach dem Bürgerentscheid "Schloßplatz"
Vorlage: BV/346/2019/II-30

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Erteilung des Rederechtes für Frau Kerstin Franz von der Bürgerinitiative.

Nach zweimaliger Wiederholung der Abstimmung wurde Frau Franz das Rederecht mit 24 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und einer Enthaltung erteilt.

Frau Franz legt nochmals den Standpunkt der Bürgerinitiative dar und verweist auf das eindeutige Votum zum Bürgerentscheid, welches der Stadtrat nicht ignorieren sollte.

Während der Ausführung von Frau Franz bittet der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** einen Bürger darum, die Aufnahmen zu beenden und das Gefilmte zu löschen. Er verweist auf die zugelassenen Medien, die Foto- und Filmaufnahmen machen dürfen, ansonsten ist das nicht erlaubt.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, spricht sich für die Schloßplatzinitiative aus und stellt die Frage, ob das Grundstück Schloßplatz 4, oder das Grundstück Schloßplatz 4 und 5 ausgeschrieben wurde, ob es sich also um ein oder um zwei Grundstücke handelt. Abschließend stellt er den **Antrag auf namentliche Abstimmung** zur Beschlussvorlage.

In Beantwortung legt **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, dar, dass das Grundstück Schloßplatz 4 ausgeschrieben wurde. In der Ausschreibung ist aber formuliert, den Schloßplatz 5 als Option mit aufzunehmen, sodass von Anfang an die Möglichkeit bestand, ein Gebot für den Schloßplatz 4 und 5 abzugeben.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, bemerkt, dass es keine einheitliche Abstimmung seiner Fraktion zur Beschlussvorlage geben wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras geht auf die Ausführungen von Frau Franz ein und widerspricht der Behauptung, dass die Mehrheit der Bürger sich für eine historische Fassade ausgesprochen hat, da es lediglich 20 % waren. Sie hat auch den Glauben erweckt, es würde eine Alternative zwischen einem modernen Gebäude und einem historisierenden Gebäude geben. Bis heute ist sie einen Investor schuldig geblieben, der sagt, dass er das Gebäude in historisierender Form baut. Die Bürgerinitiative hat alles unternommen, um den Bürgerentscheid zu kriminalisieren. Herr Oberbürgermeister appelliert an die Stadträte mit Nein zu stimmen und den Weg frei zu machen für eine Investition, die die Stadt dringend zur Belebung des Schloßplatzes braucht.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellt den **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte**.

Auf die bestehende Rednerliste verweisend, erteilt Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, das Wort.

Da es keine Alternative zum Entwurf für die von der städtischen Verwaltung auf den Weg gebrachte Vorlage gibt, wird die Fraktion Die Linke mit Nein zur Vorlage stimmen, bemerkt **Herr Schönemann** und kritisiert die Art und Weise der öffentlichen Diskussion in den sozialen Medien.

Zu dem von **Herrn Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, getätigten Vorwurf an Herrn Otto, dass durch den Geschäftsordnungsantrag nicht jede Fraktion die Möglichkeit der Meinungsäußerung hat, erklärt **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, dass mit dem noch zu erfolgenden Redebeitrag von Herrn Puttkammer alle Fraktionen, außer Pro Dessau-Roßlau, die selbst verzichtet haben und die SPD, die sich nicht gemeldet hat, zu Wort kommen. Deshalb kann er den Vorwurf von Herrn Dreibrodt nicht so stehen lassen.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Beschlussvorlage aus, da es darum geht, den Bürgerwillen zu akzeptieren. Die Fraktion schließt sich dem Antrag auf namentlich Abstimmung an.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, merkt an, dass das Bürgerbegehren die höchste Form der Beteiligung der Bürger außerhalb der Legislatur ist. Das Ergebnis des Bürgerbegehrens ist eindeutig. Wer für die Ablehnung des Hotelbaus stimmt, nimmt dem Bürger durch eine Uminterpretation des Wahlergebnisses sein Ergebnis weg.

Der **Antrag auf namentliche Abstimmung** wird zur Abstimmung gebracht und mit 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen **angenommen**.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage 5 beige-fügt.

Während der Ausführungen von Herrn Fackiner stellt Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, an Herrn Förster die Frage, ob er Tonaufnahmen macht und stellt klar, dass Aufnahmen jeglicher Art nicht zulässig sind, außer sie werden ausdrücklich genehmigt.

Nach dem Tagesordnungspunkt verlassen Herr Stein, Fraktion AfD, Frau Perl, Fraktion SPD, Herr Otto und Herr Schröter, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung. (44)

Beschluss:

Die Beschlussvorlage zur Entscheidung des Stadtrates nach dem Bürgerentscheid „Schloßplatz“ wird **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 13:35:00

7.10 Stadtratspetition zu Straßenausbaubeiträgen Vorlage: FV/015/2019/StR

Herr Fricke, Fraktion SPD, gibt rechtliche Konsequenzen zu bedenken.

Herr Melchior, Fraktion Die GRÜNEN, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stimmt der Petition und dem Vorhaben zu. Er wünscht sich eine sofortige Einberufung einer Sonderarbeitsgruppe bezüglich der Straßenausbaubeitragssatzung, in der Vertreter aller Fraktionen und die betroffenen Ämter der Stadtverwaltung Mitglieder sind. Die Arbeitsgruppe soll bis zu den Haushaltsdebatten ein Ergebnis präsentieren, um voraussichtlich geplante Mittel berücksichtigen zu können.

Für die Fraktionsvorlage sprechen sich die Fraktionen CDU, AfD und die Linke aus.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert über die gesetzlichen Schwierigkeiten und die möglichen Konsequenzen. Er schlägt vor, dass eine Richtlinie des Landes zur Städtebauförderung erstellt wird. Er begrüßt die Einberufung einer Sonderarbeitsgruppe, die im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt verankert werden soll.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Frau Perl, Fraktion SPD, und Herr Stein, Fraktion AfD, zur Sitzung. (46)

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau befürwortet die Abschaffung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und fordert den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt und den Landtag von Sachsen-Anhalt zur unverzüglichen Einleitung / Fortsetzung eines Gesetzgebungsverfahrens zur entsprechenden Änderung des § 6 KAG auf. Die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle bei den Kommunen sind durch eine geeignete gesetzliche Regelung, vorzugsweise durch die Schaffung von Sonderzuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs, jedenfalls weitestgehend zu kompensieren.

2. Der Vorsitzende des Stadtrates soll diese Petition dem Ministerpräsidenten und dem Landtag zuleiten.

Abstimmungsergebnis: 45:00:01

7.11 Aussetzung der Straßenausbaubeitragssatzung **Vorlage: FV/017/2019/Linke**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führt in die Thematik der Beschlussvorlage ein, womit ein Zeichen an die Bürgerschaft gesetzt werden soll und verweist auf die Satzungshoheit und die Möglichkeit einer Aussetzung.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erwähnt, dass die Thematik im Ausschuss für Finanzen besprochen wird. Er würdigt die gute Beteiligungsmöglichkeit der Bürger seitens der Stadtverwaltung und erläutert, dass die Steigerung der Baukosten nicht weiter unterstützt werden kann. Es solle eine Lösung zur Senkung der Straßenausbaubeiträge gefunden werden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, äußert rechtliche Bedenken und bittet um die Verschiebung bis zur nächsten Stadtratssitzung. Bis dahin können Gespräche mit den Gemeinden geführt werden, die die Straßenausbaubeitragssatzung bereits ausgesetzt haben, um mögliche Argumentationen in Erfahrung zu bringen.

Die Fraktionen CDU und SPD sprechen sich gegen die Beschlussvorlage zur Aussetzung der Straßenausbaubeitragssatzung aus.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke zur Aussetzung der Straßenausbaubeitragssatzung wird **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 07:29:10

7.12 **Stadtteilentwicklungskonzept für den Stadtteil Roßlau** Vorlage: FV/021/2019/Linke

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass der Ortschaftsrat Roßlau mit der Verwaltung und einem entsprechenden Fachbüro eine solche Konzeption erarbeiten sollte. Er stellt als Einreicher der Beschlussvorlage den **Antrag zur Verweisung der Beschlussvorlage** in die Ausschüsse: Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Tourismus und Gesundheit und Soziales.

Während des Tagesordnungspunktes verlassen Herr Stein, Fraktion AfD, Herr M. Frisch, Fraktion AfD, und Herr Fricke, Fraktion SPD, die Sitzung. (43)

Abstimmungsergebnis:

7.13 **Schaffung einer dauerhaften Stelle für einen Klimaschutzmanager** Vorlage: FV/016/2019/SPD

Nach der Erläuterung durch **Herrn Eichelberg** für die einbringende **Fraktion der SPD** legt **Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste** dar, dass nachträglich in den Beschluss eingearbeitet werden muss, dass der Klimaschutzmanager beauftragt wird, das Klimaschutzkonzept fortzuentwickeln. Weiterhin wird eine Abschätzung über die Folgen der Klimakrise in Dessau benötigt. Bevor eine neue Stelle eingerichtet wird, muss eine Verständigung zu inhaltlichen Aufgaben erfolgen. Deshalb wird die Fraktion zwar der Beschlussvorlage zustimmen, aber nicht Vorbehaltlos.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Die Linke, stellt den **Antrag, den Beschlussvorschlag** wie folgt zu **ergänzen**: „Rechtzeitig vor der Ausschreibung der Stelle wird eine detaillierte Stellenbeschreibung inklusive einer Ausformulierung der fachlichen Anforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie im Haupt- und Personalausschuss inhaltlich abgestimmt“.

Der **Einreicher** der Beschlussvorlage hat die beantragte Änderung übernommen.

Herr Oberbürgermeister Kuras, erklärt, er müsste eigentlich gegen die Beschlussvorlage stimmen, weil sie einen Eingriff in seine Organisationshoheit darstellt. Wie die Arbeit in der Verwaltung durchgeführt wird, ist ausschließlich die Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten. Allerdings ist er dergleichen Meinung. Wie von der Fraktion Die Linke gewünscht, liegt bereits der Entwurf einer Stellenbeschreibung vor. Er schlägt vor, dass die Zuständigkeit als Stabsstelle im Referat des Oberbürgermeisters bleibt. Wichtig ist, einen konkreten Beschluss bezüglich des Stellenplanes zu haben.

Die Beschlussvorlage wurde einschließlich der vom Einreicher übernommenen Änderung zur Abstimmung gebracht.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Fricke, Fraktion SPD, Herr Stein und Herr M. Frisch, Fraktion AfD, zur Sitzung. Herr Büchner, Fraktion AfD verlässt vor der Abstimmung der Beschlussvorlage den Sitzungsraum. (45)

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Einstellung und unbefristete Beschäftigung eines Klimaschutzmanagers für die Stadt Dessau-Roßlau. Rechtzeitig vor der Ausschreibung der Stelle wird eine detaillierte Stellenbeschreibung inklusive einer Ausformulierung der fachlichen Anforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sowie im Haupt- und Personalausschuss inhaltlich abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 35:10:00

7.14 10. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes - Stadtteil Dessau: Zentraler Versorgungsbereich Heidestraße/Südstraße - Abwägungs- und Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/277/2019/III-61

Beschluss:

1. Die zum Entwurf der 10. Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes (FNP) – Stadtteil Dessau: Zentraler Versorgungsbereich Heidestraße/Südstraße vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag (Anlage 2) jeweils angegeben ist.
2. Die als Anlage 3 beigefügte Begründung mit Umweltbericht zur 10. Änderung und Ergänzung des FNP – Stadtteil Dessau: Zentraler Versorgungsbereich Heidestraße/Südstraße wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
3. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die Feststellung der als Anlage 4 beigefügten 10. Änderung und Ergänzung des FNP - Stadtteil Dessau: Zentraler Versorgungsbereich Heidestraße/Südstraße.
4. Die Verwaltung wird gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch beauftragt, für die 10. Änderung und Ergänzung des FNP – Stadtteil Dessau: Zentraler Versorgungsbereich Heidestraße/Südstraße die Genehmigung beim Landesverwaltungsamt zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: 35:02:08

**7.15 Bebauungsplan Nr. 223 "Sondergebiet Handel an der Südstraße" mit örtlicher Bauvorschrift - Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/278/2019/III-61**

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, begrüßt die Aufwertungen von Gewerbegebieten, aber sieht dieser Erweiterung kritisch entgegen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erläutert dass es sich bei dem Damaschke-Center und dem Center in Dessau – Törten um denselben Betreiber handelt. Dieser Betreiber möchte an einen zweiten Standort expandieren und hat sich für dieses Areal entschieden.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Büchner Fraktion AfD, zur Sitzung. (46)

Beschluss:

1. Die als Anlagen 2 und 3 beigefügten städtebaulichen Verträge
 - Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB) zur Regelung und Sicherung der Erschließung zum Bebauungsplan Nr. 223 „Sondergebiet Handel an der Südstraße“ in Dessau-Roßlau (Anlage 2)
 - Städtebaulicher Vertrag über die Sicherung und Durchführung von Maßnahmen zur Kompensation von nicht vermeidbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nach § 1 a Abs. 3 BauGB gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 223 „Sondergebiet Handel an der Südstraße“, Dessau-Roßlau (Anlage 3) werden gebilligt und zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.
2. Die zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag laut Anlage 4 jeweils angegeben ist.
3. Die als Anlage 5 beigefügte Begründung zum Bebauungsplan Nr. 223 „Sondergebiet Handel an der Südstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift in der Fassung vom 26. Juni 2019 mit den Anlagen 5.1 bis 5. 7 wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
4. Gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 85 Abs. 1 Bauordnung Land Sachsen-Anhalt (BauO LSA) sowie § 8 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau den als Anlage 6 beigefügten Bebauungsplan Nr. 223 „Sondergebiet Handel an der Südstraße“ in der Fassung vom 26.Juni 2019, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung.

Abstimmungsergebnis: 34:04:08

7.16 Teilmaßnahmebeschluss Rathaus Altbau - Fenstersanierung / WC-Anlagen
Vorlage: BV/306/2019/III-65

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, findet es wichtig, dass an der Sicherheitsausstattung des Hauses gearbeitet wird, aufgrund der aktuellen Vorkommnisse. Er stellt die Frage, ob und wann die Sanierung des Ratssaales erfolgt.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erläutert, dass die Sanierung des Rathauses in Abschnitten und nach der Dringlichkeit vorgenommen wird.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, bestätigt, dass Maßnahmen diesbezüglich im Haushalt 2020 geplant sind, unter anderem auch die Umwidmung des P1 und der Umzug des Bürgeramtes in das Erdgeschoss.

Während des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, die Sitzung. (45)

Beschluss:

Als erster Teilbauabschnitt werden die Erneuerung der WC-Anlagen und die Erneuerung der Fenster der Ost- und Südfassade im Dessauer Rathausaltbau mit geschätzten Kosten in Höhe von ca. 1 Mio. Euro zur Umsetzung im Jahr 2020 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.17 Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2019 für das Bauvorhaben Schloß Georgium, 4. BA
Vorlage: BV/327/2019/III-65

Nach dem Tagesordnungspunkt betritt Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum –Bürgerliste, die Sitzung. (46)

Beschluss:

Für das Bauvorhaben „Galerie der Alten Meister im Schloß Georgium, 4. BA“ wird eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2019 in Höhe von 1.147.500,00 € für die Erteilung von Aufträgen (kassenwirksam 2020) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch den **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 21:39 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 05.12.19

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer